



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Bürgerhaushalt 2010

***Rechenschaftsbericht
zur Umsetzung der Bürgervorschläge***

- LANGFASSUNG -

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2010

Erläuterungen:

Der Bürgerhaushalt 2010 der Landeshauptstadt Potsdam wurde in einem achtmonatigen Partizipationsprozess unter Rekordbeteiligung aufgestellt. Es beteiligten sich mehr als 5300 Potsdamerinnen und Potsdamer, die insgesamt 682 Vorschläge einreichten. In mehreren Abstimmungsphasen wurde die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" ermittelt. Diese Liste der 20 am besten bewerteten Bürgeranregungen wurde am 27. Januar 2010 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Ausschüssen und Ortsbeiräten beraten. Am 7. April 2010 entschied die Stadtverordnetenversammlung über den Bürgerhaushalt 2010. Von den 20 Bürgeranregungen wurden fünf Vorschläge als „bereits in Umsetzung“ vermerkt, für elf Vorschläge weitergehende Prüfaufträge erteilt und vier Bürgerideen wurden abgelehnt.



Nach ihrer Platzierung geordnet sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2010 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2010. Weiterhin wurde der Ausblick für kommende Haushaltsjahre vermerkt, wenn eine Umsetzung in den Folgejahren geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

- Grün*  > Ja, Umsetzung abgeschlossen / findet statt / in Planung. (7)
Gelb  > Ja zum Teil, ähnliche Maßnahmen werden unternommen. (3)
Rot  > Nein, Umsetzung kann nicht realisiert werden. (10)

Zusammenfassung der umgesetzten Aufwendungen für Vorschläge des Bürgerhaushalts 2010:

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss 2010:	0 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss 2010:	1.070.646 Euro
Ausblick ab 2011:	
Geplante Aufwendungen aus Vorschlägen des Bürgerhaushalt 2010 in Folgejahren bis 2014:	4.136.000 Euro

Platz	Beschluss der StVV**	Titel	Ergebnis Ertrag 2010	Ergebnis Aufwand 2010	Kosten-PLAN Aufwand 2011 - 2014 GESAMT
			0 Euro	1.070.646 Euro	4.136.000 Euro
1	BiU.	Weiterbetrieb des ARCHIV sichern	0	0	625.000
2	PA.	Rollsportfeld am Blauhaus: Sanierung, Überdachung, Tribünenbau	0	0	<i>abhängig von Entwurfsplanung</i>
3	PA.	Sechser-Karten für die Bereiche A, AB und ABC für den Preis von 5 Fahrten	0	0	0
4	BiU.	Erhalt und Erweiterung des Radwegenetzes mit zusätzlichen Abstellmöglichkeiten	0	1.029.500	durchschnittl. 800.000 pA = 3.200.000
5	Abl.	Fahrkartenpreise ÖPNV für Schülerinnen und Schüler senken	0	0	0
6	PA.	Stadt steigt um auf Ökostrom	0	0	0
7	PA.	Nutzung unschöner Gebäude, Fassaden und Flächen als Kunstoasen für Jungkünstler und Kunstschaffende	0	0	0
8	BiU.	Bessere finanzielle Unterstützung Ehrenamtler	0	38.646	41.000 pA = 164.000
9	PA.	zeltpunkt - offene Jugendarbeit am Zirkuszelt (Volkspark)	0	0	0
10	BiU.	Hegelallee: Mittelstreifen erneuern	0	343.568*	0
11	PA.	Unterstützung alternativer Wohnräume zur Betreuung von Demenzerkrankten	0	0	0
12	PA.	Fuß- und Fahrradweg Max-Eyth-Allee einrichten	0	0	147.000
13	PA.	Einrichtung eines Radweges vom Hauptbahnhof bis zum Kiewitt	0	0	0
14	Abl.	Bau einer Eissporthalle oder Kunsteisbahn für Curling, Eisstockschießen	0	0	0
15	PA.	Kino "Charlott" als Bürgerhaus wieder aufbauen und nutzen	0	0	0
16	PA.	Ausbau Radweg entlang der Nuthe von Friedrich-Engels-Straße bis Horstweg	0	0	0
17	BiU.	Radweg Friedrich-Engels-Str. ausbessern	0	2.500	49.213*
18	Abl.	Kino "Melodie" als Bürgerhaus nutzen	0	0	0
19	Abl.	TRAM-Anbindung Viereckremise - Kirschallee	0	0	0
20	PA.	Öffentliche Discgolf-Anlage am Stadtrand	0	0	0

* Wert bereits im HH-Plan unter „Radverkehrskonzept“ (Nr.4) enthalten

**BiU. – Bereits in Umsetzung // PA. – Prüfauftrag // Abl. – Ablehnung

LBB-Nr. 1 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● (grün) Weiterbetrieb des ARCHIV sichern, Brandschutz

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10055800/1021133/>

Vorschlag:

Das alternative Kulturhaus in der Leipziger Straße ist noch immer von der Schließung bedroht. In Potsdam sind Alternativen zu konsumorientierten Veranstaltungsorten rar geworden. Das Archiv bietet mit seinem Mitmach-Konzept die letzte Möglichkeit in dieser Größenordnung Kultur zu genießen und mitzugestalten. Leider kann der Archiv e.V. die geforderte Brandschutzsanierung finanziell nicht allein bewältigen.

Einschätzung der LHP (2009):

Wie die öffentlichen Diskussionen in den Fachausschüssen für Kultur und Jugendhilfe in den letzten Wochen gezeigt haben, ist das Archiv mit seinen Angeboten und seiner konzeptionellen Ausrichtung ein unverzichtbarer Standort für Alternativkultur in Potsdam. Der Fachbereich Kultur und Museum begrüßt die Bestrebungen zum Erhalt der Einrichtung und die Findung einer tragfähigen, langfristigen Lösung am derzeitigen Standort. Inwiefern dies angesichts der sozialräumlichen Entwicklung im Umfeld des Archivs umgesetzt werden kann und wie die finanzielle Lösung aussehen könnte, muss in den Workshops zur Jugendsoziokultur Anfang Dezember 2009 thematisiert und diskutiert werden. Um die kurzfristige Weiterführung der Arbeit des Archiv e.V., welche zunächst bis zum 31. 12. 2009 gewährleistet ist, zu sichern, muss die Finanzierung der notwendigen betriebssichernden Baumaßnahmen geklärt werden. Diesbezüglich gibt es bereits Gespräche zwischen dem Archiv e.V., der Bauaufsicht und dem Kommunalen Immobilienservice, und weiterführend einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, einen Finanzierungsplan für die notwendigen Baumaßnahmen vorzulegen um den Standort langfristig für Jugend- und Kulturarbeit zu sichern.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Ein genauer Finanzierungsplan wird derzeit erarbeitet.

Umsetzungszeitraum: Ab sofort

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja

Grundlage der Umsetzung:

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 7.10.2009 (DS 09/SVV/0868)

Aktualisierung Januar 2010:

Im Rahmen o.g. Workshops zur Zukunft der Jugend-/Soziokultur in der Landeshauptstadt Potsdam wurde im Teilnehmerkreis (Vertreter aus dem Bereich der Jugend-/Soziokultur, der Politik und der Verwaltung) Einvernehmen dazu hergestellt, dass die Perspektive des Archivs in einer zu implementierenden AG „Jugend-/Soziokultur“ zu thematisieren und diskutieren ist. Die Empfehlung des Teilnehmerkreises des Workshops ist in eine Beschlussvorlage der Verwaltung zur Umsetzung des Projektes „freiLAND“ / Umsetzung des 10-plus-Punkte-Planes Jugendsoziokultur eingeflossen, die sich derzeit im Geschäftsgang befindet und der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 3. März 2010 zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird.

Zur Finanzierung notwendiger betriebssichernder Baumaßnahmen stellt die Landeshauptstadt Potsdam dem Archiv e.V. im Jahr 2010 eine Zuwendung in Höhe von 225.000 EUR zur Verfügung. Umsetzungszeitraum: 1. Halbjahr 2010

Aktualisierung März 2011:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurden für die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes des Archiv e.V. in der Leipziger Straße im Jahr 2010 225.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im ersten Quartal 2011 erfolgt voraussichtlich die Genehmigung des Bauantrags.

Dadurch ist die Voraussetzung gegeben, dass mit der brandschutztechnischen Sanierung des Gebäudes begonnen werden kann.

Zwischenergebnis der weiteren Prüfung (20.5.2011):

Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurde im Mai 2011 eine temporäre Arbeitsgruppe zur Ermittlung der genauen Kosten zur Sanierung des Archivs eingerichtet. Die Arbeitsgruppe soll feststellen, wer welche Bedingungen erfüllen muss und welche Mittel notwendig sind, um das Archiv zu sanieren. Der Archiv e.V. ist Mitglied in der Arbeitsgruppe.

Aktualisierung Oktober 2012:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam werden derzeit für die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes 625.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Verein prüft mit Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung durch weitere Fördermittel. Weiterhin prüft die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit dem Archiv e.V. Möglichkeiten zur Eigentumsübertragung des Gebäudes.

Die Förderung der Jugend- u. Soziokultur ist eine freiwillige Aufgabe der Landeshauptstadt Potsdam. Für die Umsetzung des Vorschlags müssten zusätzlich 525.000 Euro (Gesamtkosten 1,15 Mio. Euro) bereitgestellt werden.

Aktualisierung Januar / Februar 2013:

Der Verein setzt momentan weitere Schritte der brandschutztechnischen Sanierung um, mit dem Ziel, die eingeschränkte Nutzungsgenehmigung wieder zu erhalten.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt?

Plankosten im Haushalt 2010: 225.000 Euro

(Stadtverordnetenbeschluss DS 09/SVV/0868 (Brandschutz Archiv))

Kostenplanung 2010: 225.000 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam werden derzeit für die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes 625.000 Euro zur Verfügung gestellt (bis 2013). Der Verein arbeitet momentan daran, weitere Schritte der brandschutztechnischen Sanierung umzusetzen. Sein Ziel ist, die eingeschränkte Nutzungsgenehmigung wieder zu erhalten. Für die Umsetzung des Vorschlags müssten zusätzlich 525.000 Euro (geschätzte Gesamtkosten von rund 1,15 Mio. Euro) eingeworben bzw. vom Verein aufgebracht werden.

Der Hauptausschuss hat darüber hinaus am 10.4.2013 mit großer Mehrheit die Eckpunkte für einen Erbbaurechtsvertrag mit dem Archiv e.V. in nicht-öffentlicher Sitzung beschlossen. Der Vertrag sieht eine Laufzeit von 66 Jahren zu einem Erbbauzins von jährlich 11.200 Euro vor. Dies entspricht vier Prozent des aktuellen Verkehrswertes des Grundstücks an der Leipziger Straße 60 - eine in der Landeshauptstadt Potsdam für gemeinnützige Zwecke übliche Vereinbarung. Die Landeshauptstadt und der Archiv e.V. vereinbarten, so bald wie möglich die Gespräche fortzusetzen, um einen schnellen Abschluss des Vertrages und eine baldige Öffnung des Veranstaltungsbetriebes zu gewährleisten.

LBB-Nr. 2 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (gelb) Rollsportfeld am Blauhaus: Sanierung, Überdachung, Tribünenbau

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10054771/839141/>

Vorschlag:

Die Rollsportanlage in der Heinrich-Mann-Allee ist nach nunmehr 15 Jahren intensiver Nutzung und durch den Einfluss von Umwelt und Wetter stark sanierungsbedürftig. Gerade aufgrund des Einflusses von Nässe, Schnee und Eis leidet die Fläche stark, bekommt Risse und die Deckschicht hebt sich ab bzw. platzt ab.

Die Potsdamer Rollsportler (Rollkünstläufer, Inlinehockey-Spieler und Speedskater) sind auf diese Trainingsstätte angewiesen, denn aufgrund der knappen Sporthallensituation steht ihnen nur diese eine Trainingsstätte in Potsdam zur Verfügung.

Als eine Sportart mit über 50 Jahren Tradition in Potsdam, die ebenfalls zu den stärksten Kinder- und Jugendsportarten des ESV Lokomotive Potsdam zählt, wäre es fatal, wenn diese Trainingsstätte aufgrund von Verfall, den Sportlern nicht mehr zur Verfügung stehen würde.

Eine Sanierung der Fläche wird mit jedem Jahr zunehmend teurer, denn Risse und Löcher vergrößern sich. Eine Sanierung der Anlage würde dem Kinder- und Jugendsport auf lange Sicht eine Perspektive und optimale Trainingsvoraussetzungen geben.

Für bessere Trainingsmöglichkeiten der Rollkünstläufer und Inline-Hockeyspieler ist ebenfalls eine Überdachung der Rollfläche zwingend notwendig. Gerade im Hinblick auf die Sporthallenknappheit in Potsdam könnten so ganzjährig optimale Trainingsbedingungen für beide Sportarten gewährleistet werden.

Für das Inline- und Rollsportfeld in der Heinrich-Mann-Allee sollten kleine und mobile Tribünen für ca. 50 Zuschauer geschaffen werden. Die ca. 150 Sportlerinnen und Sportler vor Ort benötigen für die vielfältigen Sportveranstaltungen Sitzmöglichkeiten für Zuschauer. Vor Ort finden Turniere und Rollschuhlaufkuren sowie Ligaspiele von Kinder- und Herrenmannschaften im Inlinehockey statt. Solch eine Tribüne kostet etwa 5.000 bis 10.000 Euro.

Einschätzung der LHP (2009):

Vorbehaltlich aller übergeordneter Planungen wie z.B. Standortuntersuchung Freizeitbad, Flächennutzungsplan oder anderweitiger Projektentwicklungen benachbarter Grundstücke, wäre aus der Sicht des Fachbereiches Sport der Landeshauptstadt Potsdam die Sanierung der vorhandenen Anlage wünschenswert. Vor dem Hintergrund der Begrenztheit der finanziellen Mittel und einer Prioritätensetzung zu Gunsten von Investitionen in Kitas und Schulen, stehen hierfür keine Mittel zur Verfügung. Unabhängig von der finanziellen Situation wären weitergehende Investitionen für Tribüne und Überdachung erst nach abschließender Umfeldplanung sinnvoll. Hierzu sind erst mittelfristig Aussagen möglich.

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Sanierung Lauffläche: ca. 30.000 Euro

Überdachung/Installation/Beleuchtungsanlage: ca. 100.000 Euro

Zuschauertribüne: ca. 20.000 Euro

Folgekosten: jährlich ca. 5% der Baukosten

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung April 2010:

Zustand Rollsportfläche: Der derzeitige Zustand wurde partiell als reparaturbedürftig eingeschätzt. Es wurden feine Riss-Bildungen (ca. 1 mm breit) an der Kunststoffoberfläche festgestellt, die vermutlich durch materialbedingte und unvermeidbare Riss-Bildung aus dem Betonunterbau herrühren.

Weiterhin gibt es einige flächige Ausplatzungen (ca. Durchm. 4-6 cm, Tiefe entsprechend Beschichtungsdicke) in Bereichen. Im Jahr 2005 wurden bereits Risse und Ausplatzungen repariert.

Die Reparatur der Schadstellen wird durch den KIS kurzfristig beauftragt.

Zuschauertribünen: Vom Zentrum für Hochschulsport, Feldhockey-Polarstern, wurden über einen Sponsor zwei mobile Zuschauertribünen aus Aluminium angeschafft. Eine Tribüne hat

eine Länge von 3 m und ist mit 3 Sitzbänken und 2 Fußbänken bestückt. Bezüglich der Aufstellung fand am 07.04.2010 eine Begehung zwischen KIS und Zentrum für Hochschulsport auf dem Sportgelände Rollsportfeld statt. Die Aufstellung bei Ligaspielen kann auf der Längsseite (Straßenseitig) jeweils von der Mittellinie nach rechts und links erfolgen, eine Lagerung bei Nichtbenutzung wird im unmittelbaren Umfeld des Rollsportfeldes auf der Hallenseite genehmigt.

Aktualisierung März 2011:

Der kommunale Immobilienservice informierte, dass 2010 eine zunächst eine Reparatur der Schadstellen erfolgte. Die Neuanlage eines vergleichbaren Rollsportfeldes am Standort, wurde bei der Ausschreibung des ÖPP-Projektes zur Sanierung des Humboldt-Gymnasiums berücksichtigt.

Aktualisierung Januar 2013:

Die Sanierung der Rollsportanlage in der H.-Mann-Allee erfolgt im Rahmen der Sanierung des Humboldt-Gymnasiums. Die geplante Realisierung im Rahmen eines ÖPP-Projektes entfällt und wird nun mit Kreditmitteln des Kommunalen Immobilien Service (KIS) ausgeführt und finanziert.

Hinsichtlich der Rollsportanlage u. a. mit Zuwegung, Ballfangzäunen/Ballfangnetzen, Überdachung, Tribüne wird der KIS bis Anfang Februar 2013 eine entsprechende Entwurfsplanung mit Kostenberechnung/Kostenkalkulation erstellen. Für die Überdachung und die Tribüne ist derzeit keine finanzielle Absicherung gegeben.

Für das Rollsportfeld wird eine Belagsart ausgewählt, die sowohl den Anforderungen des Schulsports als auch der Rollsportler entspricht.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

(Prüfung durch Verwaltung, Ergebnis siehe Aktualisierungen ab April 2010)

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Die Maßnahme befindet sich in der Planungsphase. Darstellung der finanziellen Mittel im Rahmen der Sanierung des Humboldt-Gymnasiums im Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service 2013 und 2014.

LBB-Nr. 3 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (rot) Sechser-Karten für die Bereiche A, AB und ABC zum Preis von 5 Fahrten

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10054108/839141/>

Vorschlag:

Mehrfachkarten gab es früher schon in Potsdam und gibt es heute in vielen großen Städten (z.B. München, Bonn). Man ist ein guter Gastgeber, wenn man seinen Gästen solche Karten zur Verfügung stellen kann. Mich ärgert es, wenn ich mit der Straßenbahn fahren will, dass ich erst einmal nachschauen muss, ob ich genügend Münzen habe.

Einschätzung der LHP (2009):

Seit der letzten Tarifanpassung (01.04.2008) ist im Verkehrsgebiet Berlin-Brandenburg (VBB) in Berlin eine Vier-Fahrtenkarte mit einer Ermäßigung von fünf Prozent eingeführt

worden. Erste Bewertungen dieses Tarifproduktes fielen positiv aus, sodass dieses in der weiteren Tarifarbeit des VBB Berücksichtigung finden wird.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Gegenwärtig sind die Kosten für ein solches Ticket in Potsdam nicht bezifferbar. Hier wären die Kosten der Einführung, evtl. Einnahmeausfälle oder -zuwächse sowie Aufwendungen für Vertriebstechnik zu berücksichtigen.

Umsetzungszeitraum: Eventuell möglich anlässlich der nächsten Tarifierfassung.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung April 2010:

Es ist davon auszugehen, dass es für Potsdam keine gesonderte Regelung geben wird, sondern bei Erfolg dieses Produkts in Berlin im gesamten Verbund das gleiche eingeführt wird, sprich: eine Vierfahrtenkarte mit 5% Ermäßigung. Die Tarifarbeit im VBB konzentriert sich zurzeit auf eine Anpassung im Jahr 2011. Der Endbericht der Prüfung wird IV/2010 vorliegen.

möglicher Umsetzungszeitraum:

Evtl. zum Tarifwechsel 2011, jedoch nicht in der vorgeschlagenen Form.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Noch nicht bezifferbar

Aktualisierung Januar/Februar 2013:

Ein entsprechender Prüfauftrag zur Berücksichtigung in nachfolgende Tarifierfassungsdiskussionen wurde 2010 durch die Landeshauptstadt Potsdam an die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) eingebracht. Die Einführung des geforderten Tarifproduktes ist als mittelfristiges Ziel in den VBB Gremien definiert worden. Es wurde dabei festgestellt, dass die Einführung einer Mehrfahrtenkarte im Tarifgebiet des VBB nur durch flankierende Begleitmaßnahmen realisiert werden kann.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

(Prüfung durch Verwaltung, Ergebnis siehe Aktualisierung April 2010 ff.)

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Ein entsprechender Prüfauftrag zur Berücksichtigung in nachfolgende Tarifierfassungsdiskussionen wurde 2010 durch die Landeshauptstadt Potsdam an die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) eingebracht. Die Einführung des geforderten Tarifproduktes ist als mittelfristiges Ziel in den VBB Gremien definiert worden.

LBB-Nr. 4 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● (grün) Erhalt und Erweiterung Radwegenetz mit zusätzlichen Abstellmöglichkeiten

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056054/1021133/>

Vorschlag:

Die Zahl der Bürger steigt an. Das bedeutet, dass Erhaltung und evtl. Erweiterung des Radwegenetzes an Wichtigkeit zunimmt. Daraus leitet sich Folgendes ab: Durch die

Benutzung des Fahrrades statt eines Autos, wird aktiver Klimaschutz betrieben. Langfristig wäre zu prüfen, in den Zentren von Potsdam und Babelsberg größere und komplexere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu schaffen.

Einschätzung der LHP (2009):

Grundsätzlich unterstützt der Vorschlag die Zielrichtung der städtischen Radverkehrsstrategie und des Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Gegenwärtig nicht bezifferbar

Umsetzungszeitraum: 2010 ff.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja

Grundlage der Umsetzung: Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam

Aktualisierung Januar 2013: Im Jahr 2010 fand die laufende Abarbeitung und Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes statt. Dazu gehörten Öffentlichkeitsarbeit (Flyer Fahrradaktions-Woche) Gutachten und Planungsleistungen, Wegebau, Fahrbahnaufweitung, Bordsteinabsenkung sowie andere bauliche Maßnahmen auf den prioritären Routen sowie Fahrbahn-Markierungen und bauliche Änderungen an Lichtsignalanlagen.

Bis 2014 wird mit durchschnittlich 800.000 Euro / Jahr weiter an der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes gearbeitet. Ab 2013 soll das bisher gültige Radverkehrskonzept fortgeschrieben werden, um gezielt an der weiteren Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur zu arbeiten.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? In der Haushaltssatzung 2010 der Landeshauptstadt Potsdam wurden für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes insgesamt ca. 1.029.500 Euro bereitgestellt. (DS 09/SVV/0455 ("Radverkehrskonzept"))

Kostenplanung 2010: 370.000 Euro konsumtiv und 660.000 Euro investiv

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 1.029.500 Euro gesamt

Ausblick ab 2011: jährlich ca. 800.000 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Jährlich wird mit durchschnittlich 800.000 Euro / Jahr weiter an der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes gearbeitet. Ab 2013 soll das bisher gültige Radverkehrskonzept fortgeschrieben werden, um gezielt an der weiteren Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur zu arbeiten.

LBB-Nr. 5 (Beschluss StVV: **Ablehnung**)

 (rot) Fahrkartenpreise ÖPNV für Schülerinnen und Schüler senken

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056653/839157/>

Vorschlag:

Ich finde die Preise für Fahrkarten (insbesondere Einzelfahrscheine) sind zu hoch. Das gilt sowohl innerhalb Potsdams, als auch von Potsdam nach Berlin. Ich finde es zu teuer, als Schüler (über 14 Jahren) für eine Fahrt den Normalpreis von 1,70 Euro zu bezahlen. Entweder sollte der Normalfahrpreis gesenkt werden z.B. auf 1,40 Euro oder Schüler sollten bis zur Vollendung der schulischen Ausbildung als ermäßigt gelten. Dasselbe gilt für die Fahrkarten nach Berlin, besonders wenn diese nur für eine Fahrt gelten. Preise für Monats- und Jahreskarten finde ich in Ordnung von der Höhe, da man dort in der Fahrzeit nicht eingeschränkt ist.

Einschätzung der LHP (2009):

Die Landeshauptstadt Potsdam liegt im Vergleich mit 25 Städten mit ähnlicher Struktur der öffentlichen Verkehrsmittel im unteren Drittel des Preises der Einzelfahrausweise (Augsburg 1,15 Euro;

Potsdam 1,70 Euro; Kassel 2,40 Euro). Zur letzten Tarifierung 2008 wurde das Alter für ermäßigte Einzelfahrten im Verkehrsgebiet Berlin-Brandenburg von 13 auf 14 Jahre angehoben und ist nunmehr bundesweit einheitlich. Eine weitere Anhebung des Alters zur Nutzung des Ermäßigungstarifes ist nicht vorgesehen. In Auswertung des Bürgerhaushaltes 2009 beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 7. Oktober 2009, die Verwaltung zu beauftragen, einen Stufenplan zu erarbeiten, die Jahreskarten für Schülerinnen und Schüler beginnend mit 25 Prozent zu senken.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Erfordert umfassende Berechnungen und ist aufgrund der Sachlage derzeit nicht bezifferbar.

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: Drucksache 09/SVV/0082

Aktualisierung Januar 2010:

Der im vergangenen Jahr im Rahmen der Workshops erarbeitete Vorschlag, die Jahreskarten mit 25% zu bezuschussen würde die LHP jährlich ca. 300.000 Euro kosten.

Ergänzung Januar / Februar 2013:

Am 7. April 2010 hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2010 die Einführung eines rabattierten Schülertickets für den Tarifteilbereich Potsdam AB zum Schuljahr 2010/2011 beschlossen. Der Preis für das Schülerticket Potsdam wurde zum 1. Januar 2011 als Modellversuch für drei Jahre reduziert. Daraus ergeben sich für Schülerinnen und Schüler des Tarifteilbereiches Potsdam AB folgende Abo-Preise:

> bei monatlicher Abbuchung: 236,70 Euro

> bei jährlicher Abbuchung: 229,60 Euro

Die Ermäßigung beträgt für Schüler (und Auszubildende) 35,3% gegenüber dem Normaltarif.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -

LBB-Nr. 6 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (gelb) Stadt steigt um auf Ökostrom

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056618/839141/>

Vorschlag:

Die Stadtverwaltung, der Betrieb städtischer Immobilien und stadteigende Gesellschaften sollten ihren gesamten Strombedarf ab dem nächsten Haushaltsjahr mit Ökostrom (100 Prozent erneuerbar) abdecken. Sollte dazu die angebotene Menge der Potsdamer Stadtwerke nicht ausreichen, soll der Strom von anderen Ökostromanbietern bezogen werden. Womöglich kann hier sogar noch Geld eingespart werden, falls der ausgehandelte Tarif niedriger liegt als der Stromtarif der EWP. CO₂ wird in jedem Fall reduziert, und die

Stadt kommt ihrem Reduktionsziel einen wichtigen Schritt näher. Außerdem könnten so die Stadtwerke dazu animiert werden, selber mehr Ökostrom zu produzieren. Damit ginge die Stadt als gutes Beispiel voran, würde das Klima schonen und auf lange Zeit Einsparungen im Stromverbrauch erreichen.

Einschätzung der LHP (2009):

Die Verwendung von Ökostrom wird von Seiten der Landeshauptstadt Potsdam grundsätzlich unterstützt. In Potsdam besteht die besondere Situation, dass das Heizkraftwerk "wärmegeführt" ist, das heißt es wird nur so viel umweltfreundlicher Strom in Kraft-Wärme-Kopplung auf Gasbasis produziert, wie Wärme abgenommen wird. Eine drastische Verringerung der Abnahmemenge hätte die Ineffizienz des Kraftwerkes zur Folge und würde damit in Summe die CO₂-Bilanz der Stadt verschlechtern. Deshalb will die Landeshauptstadt Potsdam in einem Klimaschutzkonzept nach gesamtstädtischen Lösungen suchen.

Eine Umsetzung zum nächsten Haushaltsjahr, wie im Vorschlag beschrieben ist nicht möglich. Die bestehenden Verträge zur Stromlieferung können nicht kurzfristig geändert werden. Bei einem Bezug von 100 Prozent erneuerbarem Ökostrom wäre die Kündigung der aktuellen Stromlieferverträge und eine europaweite Neuausschreibung der Stromlieferung als Ökostrom für alle Objekte der Landeshauptstadt Potsdam notwendig. Die Vorbereitung und Umsetzung einer solchen Ausschreibung benötigt mindestens sechs Monate Vorlaufzeit. Eine Kosteneinsparung durch günstigere Angebote im Wettbewerb der Energieversorgungsunternehmen für Ökostrom als die der derzeitigen Konditionen für Strom-Mix sind theoretisch denkbar, aber nicht gesichert anzunehmen. Zu beachten wären auch die Auswirkungen von Einnahmeverlusten für die Energie und Wassern Potsdam GmbH.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Aufgrund der Sachlage nicht ermittelt.

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung März 2011:

Der Vorschlag, im kommunalen Einflussbereich Grünstrom zu verwenden, ist als Maßnahmen-Vorschlag in das "Integrierte Klimaschutzkonzept" (IKK) der Landeshauptstadt Potsdam unter der lfd. Nr. M2-17 aufgenommen worden.

Das IKK wurde am 02.03.2011 als Beschlussvorlage in die SVV eingebracht. Die Gutachter hatten die Mehrkosten für die Versorgung aller Verbrauchsstellen des Kommunalen Immobilien Service und der Straßenbeleuchtung mit ca. 195.000 Euro/pro Jahr beziffert. Dies jedoch unter dem Vorbehalt aktueller Marktentwicklungen

Aktualisierung Januar 2013:

Eine abschließende Prüfung ist zum jetzigen Zeitpunkt und wegen der tatsächlich vorgegebenen unterschiedlichen Entscheidungsträger über einen Strombezug nicht möglich. Deutlich wird dies anhand folgender Beispiele der jeweiligen Zuständigkeiten. Für den Strombezug zur Nutzung in städtischen Gebäuden liegt die Entscheidungsgewalt beim Kommunalen Immobilien Service und muss von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden, da eine solche Maßnahme Auswirkungen auf den Haushaltsplan der Stadt und die Bilanz der Energie und Wasser Potsdam GmbH entfalten. Für den Strombezug in den (über 20) stadteigenen Gesellschaften liegt die Entscheidungsgewalt bei den Gesellschaften selbst. Aus diesem Grund kann hier nur ein kurzer Überblick über die bisherigen Schritte zum Umstieg auf Ökostrom in Potsdam gegeben werden:

> Der Kommunale Immobilien Service hat einen Vorschlag zur Nutzung von Ökostrom den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorgelegt. Ein Beschluss zur Nutzung von Ökostrom wurde von der Stadtverordnetenversammlung jedoch bisher nicht gefasst.

> Die PROPOTSDAM GmbH nutzt seit Mitte 2008 für den Betriebsstrom (z.B. Hausbeleuchtung) aller Mietobjekte den Ökostromtarif der Energie und Wasser Potsdam GmbH.

> Die Stadtwerke haben im Jahr 2010 eine 450kWp Solaranlage auf dem Betriebshof des Verkehrsbetriebs in Potsdam (ViP) errichtet und in Betrieb genommen. Die Energie und Wasser Potsdam GmbH bietet auch weiterhin einen Ökostromtarif an. Dieser Tarif ist seit Anfang 2013 noch attraktiver geworden, da er sich nur noch geringfügig vom Normaltarif unterscheidet.

> Gemeinsam mit dem Kommunalen Immobilien Service errichtet die Energie und Wasser Potsdam GmbH auf Schuldächern Solaranlagen, zwei von insgesamt fünf Anlagen sind bereits fertiggestellt.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? -

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

An der Umsetzung des „Integrierten Klimaschutzkonzepts“ wird weiterhin gearbeitet.

LBB-Nr. 7 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (grün) Nutzung unschöner Gebäude, Fassaden und Flächen als Kunstoasen für Jungkünstler und Kunstschaffende

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10057536/839141/>

Vorschlag:

Das Ziel dieses Vorschlages ist eine projektbezogene Förderung künstlerischer Verschönerungen an Fassaden von Mietwohnungshäusern, abrissfälligen Gebäuden, unschönen verschmutzten Ecken, Spielplätzen und immer wieder mit Graffiti verunstalteten Flächen etc.

Ungenutzte Flächen und solche, die ständig mit Graffitis beschmiert werden, können Künstlern, welche ein Verschönerungskonzept für diese Fläche einreichen, zur Verfügung gestellt werden. Entscheidende Vorteile dieser Förderung sind die Verbesserung des Wohnumfeldes, die Schaffung von künstlerischen Freiräumen, die Entstehung nachhaltiger Kunstwerke, die Kompensierung von illegalen Graffiti-Schmierereien sowie die Einsparungen von Geldern für die stets wiederkehrende Beseitigung dieser.

Künstler haben die Möglichkeit eine Vorbildfunktion gegenüber unprofessionellen Sachbeschädigern einzunehmen und so Bewusstsein für ausdrucksstarke Kunst und intensive, zeitaufwändige Arbeit zu schaffen. Potsdamer Bürgern muss die Möglichkeit gegeben werden, einen Ansprechpartner über Brennpunkte, an denen oftmals Schmierereien entstehen, zu informieren. Ziel der Arbeit ist die Schaffung eines hellen und einladenden Ambientes in den Straßen, das zum Verweilen einlädt. Bereits ein einzelnes, auffällig gestaltetes Haus kann seine Umgebung prägen. Die Fassadenkunst wird von den Bürgern täglich auf dem Weg zur Arbeit, Schule oder allgemein im sozialen Alltag erlebt. Ganze Familien und Hausgemeinschaften können sich bei der Entwurfsgestaltung zusammen mit den Künstlern intensiv mit ihrem Wohnumfeld beschäftigen.

Die Ergebnisse der eigenen kreativen Arbeit finden in ihrem Stadtteil eine öffentliche Ausstellung. Damit bringen sich die jungen und älteren Einwohnerinnen und Einwohner mit ihren Möglichkeiten in die Stadtentwicklung ein. Sie schaffen kleine Kunstwerke, präsentieren ihre Ansichten, Interessen und Hobbys - eben ihren Alltag.

Einschätzung der LHP (2009):

Der Vorschlag, unschöne Gebäude, Fassaden und Flächen des öffentlichen und privaten Raums, als Kunstoasen für Jungkünstler und Kunstschaffende im Rahmen projektbezogener

Arbeit zu nutzen, wird grundsätzlich begrüßt. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung sind unter Berücksichtigung der stadtplanerischen, sozialräumlichen/stadtteilbezogenen und inhaltlichen Ausrichtung solcher Projekte zunächst unterschiedliche Akteure einzubeziehen, so beispielsweise die Fachbereiche Kultur und Museum, Stadtplanung und Bauordnung, ggf. Stadterneuerung und Denkmalpflege, vor allem aber auch zur fachlichen Begleitung der Beirat Kunst im öffentlichen Raum. Überlegenswert wäre es, die Gestaltung von Flächen im Sinne des Vorschlages insbesondere in Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen und Kunst- oder Kulturakteuren zur inhaltlichen Profilierung der Projekte vorzunehmen. Ziel sollte es auch sein, nicht nur jungen Menschen Möglichkeiten der künstlerischen Entfaltung zu bieten, sondern vielmehr einen Dialog zwischen Jung und Alt aufzubauen, um insbesondere Akzeptanz und gegenseitige Rücksichtnahme und Anerkennung zu fördern. Dabei können und sollten die Projekte in ihrer Entstehung, Durchführung und im Ergebnis insbesondere Ausdruck der Lebenswelt und sozialen sowie kulturellen Verhältnisse der Künstler und Kunschtchaffenden sein, gleichzeitig einen Bezug zur sozial- und kulturräumlichen Umgebung herstellen. Der Wunsch nach aktiver Teilhabe am kulturellen Leben und der Stadtentwicklung - im Ergebnis als Kunst im öffentlichen Raum wahrnehmbar - ist hier eng verbunden mit der Übernahme von sozialer Verantwortung der Kunst- und Kulturschaffenden für das Gezeigte. Die Berücksichtigung des Vorschlages im Rahmen der Erarbeitung eines Konzeptes für Bildende Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam ist vorstellbar.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Budget abhängig vom Projektumfang
Umsetzungszeitraum: 2010 und Folgejahre

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?
In vorgeschlagenem Sinne findet derzeit keine Umsetzung statt. Gleichwohl ist die Kunst im Öffentlichen Raum wichtiger Bestandteil der Potsdamer Kulturvielfalt.

Grundlage der Umsetzung:

Kunst im Öffentlichen Raum als Teilbereich der Bildenden Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam wird seinen Niederschlag in einem Gesamtkonzept zur Bildenden Kunst finden, das derzeit entwickelt wird.

Aktualisierung im Februar 2013:

In den Kulturpolitischen Konzepten der Landeshauptstadt Potsdam fand die Bildende Kunst Berücksichtigung. Die Kunst im öffentlichen Raum stellt einen Teilbereich der Bildenden Kunst dar. In der Landeshauptstadt Potsdam werden derzeit mehrere legale Graffiti-Flächen für junge Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung gestellt, um unter anderem das Stadtbild zu vervielfältigen und illegalen Graffiti-Schmierereien entgegen zu wirken. So wurde zum Beispiel in Anlehnung an die „Wiener Wand“ ein Graffiti-Konzept erarbeitet und eine Liste legal zu gestaltender Wände erstellt. Auch können sich junge Künstlerinnen und Künstler auf dem Gelände des Kulturzentrums „freiLand“ in der Gestaltung von Graffiti ausprobieren. Als weitere zur Verfügung stehende Flächen sind zum Beispiel die Graffiti-Wand hinter der Medienwerkstatt (Schilfhof 28/29), Betonwände auf dem Spielplatz Knobelsdorffstr./Stormstraße, Graffiti-Wände auf der Aktionsfläche Bassinplatz oder eine zum Spielplatz zeigende Hauswand in der Nansenstraße 17 zu nennen.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? -

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Kunst im öffentlichen Raum stellt auch zukünftig einen Teilbereich der Bildenden Kunst dar. In der Landeshauptstadt Potsdam werden weiterhin mehrere legale Graffiti-Flächen für junge Künstlerinnen und Künstler zur Ver-

fügung stehen, um unter anderem das Stadtbild zu verschönern und illegalen Graffiti-Schmierereien entgegen zu wirken.

LBB-Nr. 8 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

(grün) Bessere finanzielle Unterstützung für Ehrenamtler

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10054877/1021133/>

Vorschlag:

Das Ehrenamt ist ein wichtiges soziales Element geworden und aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Es ist notwendig bedürftigen Bürgern Hilfestellung und Freude für die unterschiedlichsten Bereiche des täglichen Lebens zu geben, die ihre Aufgaben wegen Mangel an körperlich, geistig oder seelischen Ressourcen nicht mehr selbst bewältigen können. Die dazu erforderliche ehrenamtliche Leistung ist daher eine nicht zu unterschätzende und gesellschaftlich verantwortungsvolle Aufgabe, damit die Lebensqualität sozial schwächer abgesicherter Menschen nicht noch weiter eingeschränkt wird.

Jede ehrenamtlich geleistete Stunde wird heute mit 7 Euro bewertet. Darüber hinaus ist die zu leistende Tätigkeit an Flexibilität gebunden. Das bedeutet, dass Ehrenamtler auf den öffentlichen Nahverkehr oder ein eigenes Fahrzeug angewiesen sind und damit erhebliche Kosten entstehen, welche bislang aus dem eigenen Budget zu leisten sind. Viele ein geringes Einkommen und die Fahrkosten vermindern den eigenen Lebensstandard.

Ich denke, dass die Stadtverwaltung Potsdam helfen kann. So könnten ein Teil der Mehraufwendungen für Verpflegung sowie die entstehenden Fahrkosten getragen werden. Oder (und das wäre die bessere Alternative) für alle die ein Ehrenamt innehaben, sollte ein Ausweis ausgestellt werden, der zur kostenlosen Benutzung des ÖPNV berechtigt. Das hat zur Folge, dass der entstehende finanzielle Aufwand im Haushalt 2010 der Stadt eingestellt wird, der mit wenigen tausend Euro zu beziffern ist.

Einschätzung der LHP (2009):

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.09.09 ist diesem Vorschlag bereits in Teilen Rechnung getragen. Sowohl Qualifizierung und Weiterbildung sowie die Aufwandsentschädigung in sozialen Härtefällen als auch die Einführung des Ehrenamtspasses/Freiwilligenpasses - in Kooperation mit dem Land Brandenburg - sind in 2010 vorgesehen. Darüber hinaus gibt es eine jährliche Auszeichnung von Ehrenamtlichen durch die Landeshauptstadt Potsdam im Beisein des Oberbürgermeisters und des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Im Haushalt 2009 sind 25.000 Euro eingeplant. Für das Haushaltsjahr 2010 werden 34.000 Euro vorgesehen und 41.000 Euro ab 2011 ff.

Umsetzungszeitraum: 2009 und Folgejahre

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja, zum teil.

Grundlage der Umsetzung:

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.09.09 (DS 09/SVV/0532)

Aktualisierung Januar 2010:

Der SVV wurde am 02. 12. 2009 durch den Oberbürgermeister mitgeteilt, dass in Umsetzung des durch die SVV am 02.09.2009 beschlossenen Ehrenamtskonzepts dafür Sorge getragen ist, dass Aufwendungen von Ehrenamtlichen bei der Weiterbildung und Aufwendungen für

öffentliche Verkehrsmittel seitens der Ehrenamtsagenturen in sozialen Härtefällen erstattet werden. Dafür steht in 2010 der Betrag von 6.000 Euro und ab 2011 ein Betrag von jährlich 10.000 EUR zur Verfügung.

Kosten: Für das Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam und seine verschiedenen Bausteine sind in 2010 im Ganzen 34.000 EUR vorgesehen und 41.000 EUR ab 2011 ff.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Wenn ja, Grundlage der Umsetzung: Ja, zum überwiegenden Teil. Lediglich die einkommensunabhängige Aufwandserstattung ist angesichts der gebotenen Haushaltskonsolidierung finanziell nicht darstellbar.

Aktualisierung Februar 2013:

Durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.09.09 (DS 09/SVV/0532) des Ehrenamtskonzeptes und der damit verbundenen Umsetzung in der Landeshauptstadt Potsdam ist gewährleistet, dass Aufwendungen von Ehrenamtlichen bei der Weiterbildung und Aufwendungen für öffentliche Verkehrsmittel seitens der Ehrenamtsagenturen in sozialen Härtefällen erstattet werden. Zurzeit gewährt die Landeshauptstadt Potsdam über die Ehrenamtsagenturen eine Erstattung nachgewiesener Aufwandskosten bis zu einer Höhe von 20 Euro im Monat bei sozialen Härtefällen, soweit sie nicht von den Engagementträgern erstattet werden.

Eine Realisierung des vorgeschlagenen Ausweises für Ehrenamtliche zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV ist seitens der Landeshauptstadt Potsdam aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten nicht möglich.

Die Anerkennung des Ehrenamts wird landesweit durch die Staatskanzlei Brandenburg organisiert. Zur Zeit passiert das in Form von "Freiwilligenpässen", später in Form von "Ehrenamtskarten" bei intensivem Engagement von wenigstens 250 Stunden im Jahr; letztere werden materielle Vergünstigungen nach sich ziehen, soweit Geschäfte, Institutionen, Unternehmen und Betriebe mit der Staatskanzlei dazu eine Vereinbarung treffen.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Im Haushaltsjahr 2010 der Landeshauptstadt Potsdam wurden für die Umsetzung 38.646,21 Euro bereitgestellt. (mit Bezug auf die Drucksache 09/SVV/0532 - "Ehrenamtspass").

Kostenplanung 2010: 34.000 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 38.646 Euro

Ausblick ab 2011: jährlich 41.000 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Ab dem Haushaltsjahr 2011 werden rund 41.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Eine weiterführende Anerkennung des Ehrenamts wird landesweit durch die Staatskanzlei Brandenburg organisiert (in Form von "Ehrenamtskarten" geplant).

LBB-Nr. 9 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

(rot) zeltpunkt - offene Jugendarbeit am Zirkuszelt (Volkspark)

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056901/839141/>

Vorschlag:

zeltpunkt soll ein offenes Angebot für Jugendliche auf dem Gelände des Volksparks werden. Die Vereine Kinder - und Jugendcircus Montelino e.V. (der ein entsprechendes Konzept erarbeitet hat) und Job e.V. benötigen hierfür eine Anschubfinanzierung. Zirkusnahe und -fernere Bereiche von Artistik bis Handwerk sollen den Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Das Zirkuszelt von Montelino e.V. wird Dreh- und Angelpunkt eines sozialen wachsenden Miteinanders, welches auch andere Generationen zusätzlich integrieren kann.

Einschätzung der LHP (2009):

Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie unterstützt fachinhaltlich den Vorschlag. Grundlage für die Umsetzung wäre die Bestätigung eines Konzeptes des Trägers durch den Jugendhilfeausschuss. Eine Umsetzung des Vorschlags wäre nach einer Bestätigung ab Sommer 2010 möglich.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Kosten abhängig vom Konzept

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung Januar 2010:

Die notwendigen investiven Mittel zur Durchführung dieses Projekts in Höhe von 24.000 Euro sowie die Bereitstellung der laufenden Kosten in Höhe von 16.000 Euro / Jahr stehen im Haushalt des Fachbereichs 35 der Landeshauptstadt Potsdam nicht zur Verfügung. Als weiterer Problempunkt muss angemerkt werden, dass Familien bereits Eintritt in den Volkspark bezahlen müssten, wenn Sie das Zirkusprojekt besuchen wollen. Leider sieht der Entwicklungsträger Bornstedter Feld (als Betreiber des Volksparks) aus diesen Mitteln keine Finanzierungsmöglichkeit.

Aktualisierung Januar/Februar 2012:

Die Zeltplatz Montelino gGmbH stellte das Projekt „Zeltplatz Montelino“ dem Jugendhilfeausschuss am 02.09.2010 vor und erhielt von diesem den Auftrag, in Abstimmung mit der Fachverwaltung ein Einrichtungskonzept für ein Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit am Zeltplatz „Montelino“ im Volkspark Potsdam einzureichen. Durch „Montelino“ wurde das vom Jugendhilfeausschuss beauftragte Konzept erarbeitet und mit der Fachverwaltung inhaltlich abgestimmt.

Der Antrag des Jugendhilfeausschuss auf Einstellung der erforderlichen Kosten für die Durchführung

des Projektes „Montelino“ in den Haushalt wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 6.4.2011 abgelehnt (siehe Vorlage „11/SVV/0027“ -

<http://svm002.potsdam/bi/vo020.asp?VOLFDNR=17195&options=4#searchword>).

Parallel hierzu durchgeführte infrastrukturelle sowie baurechtliche Prüfungen durch den Entwicklungsträger Bornstedter Feld (ETBF) bzw. den Kommunalen Immobilien Service (KIS) zur Bereitstellung eines dauerhaften Standortes für „Montelino“ verliefen ohne Ergebnis. Gegenwärtig steht eine abschließende Entscheidung über einen dauerhaften Standort für Montelino bzw. zur Förderung des Projektes durch die LHP aus. Durch den ETBF wurde jedoch zugesichert, den Verbleib von „Montelino“ mittelfristig am bisherigen Standort, bis zum Beginn der dort vorgesehenen Baumaßnahmen zu sichern.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine, nach Ablehnung durch SVV

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Durch den Entwicklungsträger Bornstedter Feld (ETBF) wurde zugesichert, den Verbleib von „Montelino“ mittelfristig am bisherigen Standort bis zum Beginn der dort vorgesehenen Baumaßnahmen zu sichern.

LBB-Nr. 10 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● (grün) Hegelallee: Mittelstreifen erneuern (regenfest)

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056567/1021133/>

Vorschlag:

Nach einem kräftigen Regenguss ist der Mittelstreifen der Hegelallee dermaßen mit Pfützen bedeckt, dass ein normales Vorankommen als Fußgänger oder Fahrradfahrer kaum noch möglich ist. Dementsprechend sollte hier eine neue Lösung für den Belag gefunden und angewendet werden. Beispielsweise kleine Pflastersteine wie zu Beginn des Mittelstreifens am Nauener Tor.

Einschätzung der LHP (2009):

Das Radverkehrskonzept sieht für die Mittelpromenade der Hegelallee eine Befestigung vor. Entsprechend der Radverkehrsstrategie soll diese Maßnahme auch prioritär umgesetzt werden. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel.

Ergänzung April 2010:

Die Stadtverordneten beziehen diese Entscheidung („Bereits in Umsetzung“) auf folgenden Beschluss: DS 09/SVV/0455 ("Radverkehrskonzept"). Die Gesamtkosten für die Umsetzung der Maßnahme "Hegelallee" werden 800.000 Euro veranschlagt, in der Haushaltssatzung 2010 der Landeshauptstadt Potsdam wurden für vorbereitende Maßnahmen 15.200 Euro bereitgestellt. Mit dem Start der baulichen Umsetzung wird ab 2011 gerechnet.

Aktualisierung Oktober 2010:

Die Umsetzung der Maßnahme "Hegelallee" wurde baulich umgesetzt. Baukosten: 1. Bauabschnitt: Mosaikpflaster 49.124,21 Euro // 2. Bauabschnitt: Asphalt 216.209,16 Euro // zzgl. Anpassungsarbeiten 48.235,03 Euro // Planung/Vorbereitung: ca. 30.000 Euro, Gesamtkosten = 343.568,40 Euro brutto

Aktualisierung/Ergänzung der Einschätzung notwendig: NEIN

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? > Kostenplanung Haushaltssatzung 2010: 343.568,40 Euro (Kosten werden extra benannt, befinden sich aber bereits in Summe im RVK 2010 - siehe BÜHH10-LBB4)

Kostenplanung 2010: 343.568,40 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 343.568,40 Euro

Ausblick nach 2011: 0 Euro

LBB-Nr. 11 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

**●●● (gelb) Unterstützung altern. Wohnräume zur Betreuung
Demenzkranker**

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10054640/839141/>

Vorschlag:

Gefordert wird die Bereitstellung von alternativen Wohnflächen mit mindestens sieben bis acht Räumen zur Betreuung von Demenzerkrankten. Ziel soll dabei eine Alternative zum Heimaufenthalt sein. Bei diesem Vorschlag geht es nicht um die Pflege von Erkrankten, sondern um die Bereitstellung von Räumen durch die Stadt zur Unterbringung, sodass bspw.

die Pflege durch Angehörige noch möglich ist. Die Bereitstellung von Räumen könnte u.a. zugunsten der Deutschen Alzheimergesellschaft erfolgen.

Einschätzung der LHP (2009):

Aufgrund des demografischen Wandels ist die Entwicklung neuer Wohnformen im Alter wie z.B. Wohnmöglichkeiten für Menschen mit demenziellen Erkrankungen, eine wichtige kommunale Aufgabe. Durch die angespannte Wohnsituation in der Landeshauptstadt Potsdam bedarf es allerdings der Anstrengung vieler unterschiedlicher Akteure, um die notwendige Entwicklung solcher Angebote voranzutreiben. Gleichzeitig muss sich mit Feuerwehr und Bauaufsicht über die notwendigen Auflagen verständigt werden. Der Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt kann als Moderator diese Prozesse befördern und die entsprechenden Akteure für diese Aufgabe sensibilisieren, um Wege entsprechender Wohnraumschließung zu finden. Dieser Prozess ist längerfristig angelegt und bedarf einer übergreifenden Zusammenarbeit

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Auf Grund der Sachlage sind Kosten nicht ermittelt.

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung März 2011:

Die steigende Anzahl hochaltriger Menschen in Potsdam stellt die Kommune vor die Herausforderung, sich mit dem Thema Wohnen verstärkt auseinander zu setzen. Dabei werden seitens der Bürgerinnen und Bürger immer häufiger alternative Wohnformen nachgefragt. So haben bereits einige Angehörige die Möglichkeit genutzt, eine ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz zu gründen (www.wohnen-im-alter-in-brandenburg.de).

Als Teil des kommunalen Wohnungsbauprogrammes liegt der Stadt Potsdam das Stadtentwicklungskonzept Wohnen vor. Im Handlungsfeld 5 "Altenwohnen" findet sich der Vorschlag, "verschiedener Ansätze im Bereich des Neubaus, der Bestandsanpassung und der Quartiersentwicklung" zu kombinieren. Über die Umsetzung dieser Empfehlungen gilt es, mit den einzelnen Akteuren in eine breite Diskussion zu treten. Dazu werden erste Gespräche geführt.

Aktualisierung Februar 2013:

Die Landeshauptstadt Potsdam setzte im Jahr 2012 ihr Kooperationsprojekt „Wohnen & Gesundheit in Potsdam: Bürgerversorgung 2025“ unter Beteiligung der ProPotsdam, des Klinikums Ernst von Bergmann und der Landeshauptstadt Potsdam fort. Dazu führte die Landeshauptstadt Potsdam eine Workshop-Reihe durch, in der unter anderem thematisiert wurde, wie alternative Wohnräume in Potsdam geschaffen werden können. Einerseits sollen die gewonnen Erkenntnisse in das Standortentwicklungskonzept (SEK) einfließen, wozu eine weitergehende, konzeptionelle Arbeit in Expertengruppen geleistet wird, andererseits findet im März 2013 eine Informationsveranstaltung statt, bei der sich Menschen von Experten informieren lassen können, wie Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz aussehen können und was es zu beachten gilt.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine, jedoch ist eine weitergehende Prüfung durch Landeshauptstadt Potsdam vorgesehen.

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Im März 2013 fand eine Informationsveranstaltung statt, bei der sich Menschen von Experten informieren lassen konnten, wie Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz aussehen können und was es zu beachten gilt.

LBB-Nr. 12 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

(rot) Fuß- und Fahrradweg Max-Eyth-Allee einrichten

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10057543/839141/>

Vorschlag:

In der Max-Eyth-Allee/Reichertstraße/Abzweig Nedlitz bis TÜV fehlt ein beleuchteter Fuß- und Radweg. Dieser ist notwendig, da die Straße durch LKW-Verkehr sehr stark befahren ist.

Einschätzung der LHP (2009):

Die Verbindung ist Teil einer Nebenroute im Zielnetz des Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam. Aufgrund der Verkehrsbelastung und -bedeutung der Straße wird ein eigenständiger Radweg hier jedoch nicht für erforderlich gehalten. Er müsste zudem zusätzlich zu den bereits geplanten Radverkehrsmaßnahmen finanziert werden.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Gegenwärtig nicht bezifferbar

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung Januar 2010:

Die o.g. Einschätzung, dass ein eigenständiger Radweg nicht erforderlich ist, stützt sich auf die Aussagen der Empfehlungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen (ERA) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV). Vor diesem Hintergrund ist die Maßnahme nicht Teil der Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes. Sie ist daher auch nicht im „Programm Radverkehrsinfrastruktur“, das die Umsetzung der prioritären Routen des Konzeptes zum Ziel hat und Grundlage für den Haushaltsentwurf 2010 bzw. das Investitionsprogramm 2010-2013 ist, enthalten. Eine Annahme ohne zusätzliche Mittel würde die systematische Umsetzung des Radverkehrskonzeptes deutlich verzögern und damit die Erreichung des Ziels einer Erhöhung des Radverkehrsanteils (gem. SVV-Beschluss) erschweren.

Aktualisierung April 2010:

Das Ergebnis der Prüfung der Priorität und ggf. der Aufnahme in Prioritätenliste des Radverkehrskonzeptes (DS 08/SVV/0455) liegt nun mit dem folgenden Ergebnis vor: Die Verbindung ist eine Nebenroute im Zielnetz des Radverkehrskonzeptes. Sie ist jedoch nicht Teil der durch den Beschluss der SVV zum Radverkehrskonzept und zur Radverkehrsstrategie festgelegten prioritären Routen (Beschluss Nr. 08/SVV/0455), die entsprechend des Beschlusses vorrangig herzustellen sind. Grundlage für die prioritären Routen sind Straßen und Wege im Radverkehrszielnetz, die gesamtstädtisch betrachtet eine vordringliche Verbindungsfunktion zwischen verschiedenen Stadtteilen und wichtigen Zielen innerhalb der Stadtgebiets haben. Eine solche Verbindungsfunktion hat der genannte Weg nicht. Es wird daher empfohlen, an den beschlossenen prioritären Routen und deren vordringlicher Umsetzung festzuhalten. Durch die Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen könnten die beschlossenen Ziele zur Förderung des Radverkehrs nicht erreicht werden.

Aktualisierung Oktober 2011:

Die Planung ist für 2012, der Bau für 2013 vorgesehen.

Aktualisierung Februar 2013:

Für die Umsetzung der Maßnahme wurden in 2011 etwa 147.000 Euro kalkuliert. Der 1. Teilauftrag für die Planung wurde 2011 in Höhe von 21.826 Euro ausgelöst. Die Gesamtfinanzierung konnte über die im Haushalt 2013 bis 2015 zur Verfügung stehenden Mittel bisher jedoch nicht abgesichert werden. Somit verschiebt sich der Bauanfang auf unbestimmte Zeit. In der mittelfristigen Finanzplanung ist derzeit ein Wiederaufruf im Jahr 2016 beabsichtigt.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 21.826 Euro für den 1. Teilauftrag zur Planung in 2012, zzgl. ab 2016 rund 125.000 Euro Bausumme

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Der 1. Teilauftrag für die Planung wurde 2011 ausgelöst. Die Gesamtfinanzierung (in Höhe von rund 147.000 Euro) konnte über die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel des Investitionsprogramms bisher jedoch nicht abgesichert werden.

LBB-Nr. 13 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

(rot) Einrichtung eines Radweges vom Hauptbahnhof bis zum Kiewitt

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10057889/839141/>

Vorschlag:

Zur Verbesserung des Radwegenetzes der Stadt Potsdam halte ich den Radwegausbau vom Hauptbahnhof entlang der Bahnlinie bis zum Kiewitt/Zeppelinstraße für prioritär.

Einschätzung der LHP (2009):

Eine entsprechende Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Kiewitt ist im Radverkehrskonzept als Nebenroute bzw. als perspektivische Netzergänzung enthalten. Die Verbindung ist jedoch nicht Teil der Routen, die prioritär hergestellt werden sollen. Eine kurzfristige Realisierung wird aufgrund alternativer Routen auch nicht als erforderlich erachtet. Die Verbindung müsste zudem zusätzlich zu den bereits geplanten Radverkehrsmaßnahmen finanziert werden.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Gegenwärtig nicht bezifferbar

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung Januar 2010:

Die Maßnahme ist nicht Teil des gem. Beschluss 08/SVV/0455 prioritär umzusetzenden Radverkehrsnetzes. Sie ist daher auch nicht im „Programm Radverkehrsinfrastruktur“, das die Umsetzung dieser prioritären Routen zum Ziel hat und Grundlage für den Haushaltsentwurf 2010 bzw. das Investitionsprogramm 2010-2013 ist, enthalten. Eine Annahme ohne zusätzliche Mittel würde die systematische Umsetzung des Radverkehrskonzepts deutlich verzögern und damit die Erreichung des Ziels einer Erhöhung des Radverkehrsanteils (gem. SVV-Beschluss) erschweren.

Aktualisierung April 2010:

Das Ergebnis des Prüfauftrages liegt mit folgendem Ergebnis vor: Die Verbindung ist als Nebenroute bzw. als perspektivische Netzergänzung (Nebenroute) im Zielnetz des Radverkehrskonzepts enthalten. Sie ist jedoch nicht Teil der durch den Beschluss der SVV zum Radverkehrskonzept und zur Radverkehrsstrategie festgelegten prioritären Routen (Beschluss Nr. 08/SVV/0455), die entsprechend des Beschlusses vorrangig herzustellen sind. Grundlage für die prioritären Routen sind Straßen und Wege im Radverkehrszielnetz, die gesamtstädtisch betrachtet eine vordringliche Verbindungsfunktion zwischen verschiedenen Stadtteilen und wichtigen Zielen innerhalb der Stadtgebiets haben. Aufgrund vorhandener Alternativstrecken (Route C) und der aufgrund der erforderlichen Maßnahmen (z.B. Überquerung der Havel) voraussichtlich hohen Aufwendungen zur Herstellung der Verbindung wird eine Realisierung zum derzeitigen Zeitpunkt nicht für erforderlich gehalten. Es wird daher empfohlen, an den beschlossenen prioritären Routen und deren vordringlicher Umsetzung festzuhalten. Durch die Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen könnten die beschlossenen Ziele zur Förderung des Radverkehrs nicht erreicht werden.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: noch nicht bezifferbar

Umsetzungszeitraum: Nach Realisierung der prioritären Routen und in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit entsprechender HH-Mittel (nachzeitigem Stand nicht vor 2015)

Aktualisierung/Ergänzung der Einschätzung notwendig: NEIN

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

(Prüfung durch Verwaltung, Ergebnis siehe Aktualisierung April 2010)

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -

LBB-Nr. 14 (Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● (rot) Bau einer Eissporthalle oder Kunsteisbahn für Curling, Eisstockschießen

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056949/839157/>

Vorschlag:

Das Land Brandenburg ist das einzige Bundesland das keine Eissporthallen/Anlagen aufweist. Eissportarten wie Eishockey, Curling, Eiskunstlauf, Eisstockschießen, Eisschnelllauf oder Bob-anschub (für Kuske und Co. Olympia) etc. werden im Land Brandenburg nicht angeboten. Die Eissportmannschaften des Landes Brandenburg müssen alle auf Berlin oder andere Bundesländer ausweichen. Potsdam würde mit einer großen und attraktiven Sporthalle für den Wintersport viele Sportarten beleben und das Angebot erfolgreich ausbauen.

Einschätzung der LHP (2009):

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein reichhaltiges, vielfältiges Sportangebot. Über 50 Sportarten stehen den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Die Schwerpunkte bilden dabei die klassischen olympischen Sommer-, Spiel und Wassersportarten. Dies ist durch Tradition und geographische Lage gewachsen. Hierzu steht ein entsprechendes Sportstättenangebot zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten wird die Notwendigkeit zur Erweiterung des Angebots für o.g. Vorhaben nicht gesehen.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Eissporthalle ca. 20 Mio. Euro
mit internationaler 400-Meter-Rundbahn ca. 30 Mio. Euro
zzgl. jährlicher Folgekosten

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung/Ergänzung der Einschätzung notwendig: NEIN

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -

LBB-Nr. 15 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

(rot) Kino "Charlott" als Bürgerhaus wieder aufbauen und nutzen

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10054655/839141/>

Vorschlag:

Dieses Kino sollte als wieder Stadtteilkino oder Bürgerhaus hergestellt werden. Es wäre auch nutzbar für Schulen (Zeugnisausgaben) und Versammlungen sowie Veranstaltungen. Ebenfalls könnten Jugendabende dort stattfinden. Die Bewirtschaftung sollte durch die Stadt gefördert und (teil-) finanziert werden.

Einschätzung der LHP (2009):

Die Liegenschaft auf der sich das ehemalige Kino „Charlott“ in der Brandenburger Vorstadt/Potsdam-West befindetet, ist Privat-besitz und steht für eine öffentliche Nutzung nicht zur Verfügung. Die Einrichtung von Bürgerhäusern und Bürgertreffs wird durch die Landeshauptstadt Potsdam konzeptionell gefördert und unterstützt. Ein wesentliches Element in diesem Bereich ist das bürgerschaftliche Engagement vor Ort, Vereine, Initiativgruppen und Einzelpersonen, die sich für das sozial-kulturelle Leben in ihren Stadtteilen engagieren. In der Brandenburger Vorstadt/PotsdamWest ist dieses Engagement sehr stark ausgeprägt und wird seitens der Landeshauptstadt Potsdam auch finanziell unterstützt. Im Ergebnis einer im Januar 2009 durchgeführten, breit angelegten Stadtteilkonferenz sieht die Bürgerschaft des Stadtteils für die nächsten Jahre ein zentrales Bürgerhaus weniger als notwendig an. Vielmehr ist es das Ziel, durch Zusammenführung und Vernetzung aller Aktivitäten das öffentliche Leben des Stadtteils zu stärken und weiter zu entwickeln. Für diese Arbeit ist für 2010 die Einrichtung einer Koordinierungsstelle vorgesehen, die durch die Landeshauptstadt finanziell gefördert werden soll.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Aufgrund der Sachlage sind Kosten nicht ermittelt.

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung April 2010:

Es sollte geprüft werden, welche Formen der Nutzung des Kinos "Charlott" durch die Landeshauptstadt Potsdam möglich sind. Das Prüfergebnis liegt nun vor: Die Immobilie, auf

der sich das ehemalige Kino „Charlott“ befindet, ist wie in der Stellungnahme der Verwaltung bereits dargestellt im Privatbesitz. Seitens des gegenwärtigen Eigentümers sind keine Pläne über eine zukünftige Nutzung bekannt. Die Immobilie ist seit Jahren eingezäunt. Die Gebäude sind dem Verfall preisgegeben. Die Landeshauptstadt hat gegenwärtig keine Verhandlungsmöglichkeiten für eine dem Vorschlag entsprechende Nutzungsoption.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Nicht ermittelbar

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein, die Umsetzung ist nicht möglich

Aktualisierung/Ergänzung der Einschätzung notwendig: NEIN

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

(Prüfung durch Verwaltung, Ergebnis siehe Aktualisierung April 2010)

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -

LBB-Nr. 16 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● (rot) Ausbau Radweg entlang der Nuthe von Friedrich-Engels-Str. bis Horstweg

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10057891/839141/>

Vorschlag:

Zur Optimierung des Radwegenetzes der Stadt Potsdam halte ich den Ausbau des Weges von der MAZ/Engels-Straße entlang der Nuthe zum Horstweg für notwendig.

Einschätzung der LHP (2009):

Der Weg ist nicht Teil des Routennetzes des Radverkehrskonzeptes (Zielnetz) der Landeshauptstadt Potsdam, da vorhandene Wege eine gleichwertige Verbindung ermöglichen. Eine Umsetzung des Vorschlages wird daher von der Landeshauptstadt Potsdam nicht befürwortet.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Gegenwärtig nicht bezifferbar

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung Januar 2010:

Die Maßnahme ist aus o.g. Gründen nicht Teil des Radverkehrskonzeptes. Sie ist daher auch nicht im „Programm Radverkehrsinfrastruktur“, das die Umsetzung der prioritären Routen des Konzeptes zum Ziel hat und Grundlage für den Haushaltsentwurf 2010 bzw. das Investitionsprogramm 2010-2013 ist, enthalten. Eine Annahme ohne zusätzliche Mittel würde die systematische Umsetzung des Radverkehrskonzeptes deutlich verzögern und damit die Erreichung des Ziels einer Erhöhung des Radverkehrsanteils (gem. SVV-Beschluss) erschweren.

Aktualisierung Stand April 2010:

Gegenstand des Prüfauftrags war die Prüfung der Priorität und ggf. die Aufnahme in die Prioritätenliste des Radverkehrskonzepts (DS 08/SVV/0455). Das Prüfergebnis liegt nun vor: Der genannte Weg ist nicht Teil des Routennetzes des Radverkehrskonzeptes (Zielnetz), da vorhandene Wege eine gleichwertige Verbindung zu den möglichen Zielen ermöglichen (in Richtung Hauptbahnhof über Schlaatzweg/Schlaatzstraße - Route C - und in Richtung Babelsberg über Horstweg/Großbeerenstraße - Route 2). Die Verbindung ist daher auch nicht Teil der durch den Beschluss der SVV zum Radverkehrskonzept und zur Radverkehrsstrategie festgelegten prioritären Routen (Beschluss Nr. 08/SVV/0455), die entsprechend des Beschlusses vorrangig herzustellen sind. Grundlage für die prioritären Routen sind Straßen und Wege im Radverkehrszielnetz, die gesamtstädtisch betrachtet eine vordringliche Verbindungsfunktion zwischen verschiedenen Stadtteilen und wichtigen Zielen innerhalb der Stadtgebiets haben. Aufgrund vorhandener Alternativstrecken (Route C bzw. Route 2, s.o.), wird die Verbindung entlang der Nuthe für den Radverkehr nicht für zwingend erforderlich gehalten. Es wird daher empfohlen, am beschlossenen Routennetz und den prioritären Routen sowie deren vordringlicher Umsetzung festzuhalten. Durch die Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen könnten die beschlossenen Ziele zur Förderung des Radverkehrs nicht erreicht werden.

Umsetzungszeitraum: Nach Realisierung der prioritären Routen und in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit entsprechender HH-Mittel (nach derzeitigem Stand nicht vor 2015)

Aktualisierung/Ergänzung der Einschätzung notwendig: NEIN

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine
(Prüfung durch Verwaltung, Ergebnis siehe Aktualisierung April 2010)

Kostenplanung 2010: 0 Euro
Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro
Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -

LBB-Nr. 17 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

(grün) Radweg Friedrich-Engels-Straße ausbessern

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10057540/1021133/>

Vorschlag:

Der Radweg in der Friedrich-Engels-Straße nach Babelsberg vom Hauptbahnhof kommend bis zum Schlaatzweg sollte teilweise ausgebessert werden. Wurzeln und Frost haben diesen Weg an vielen Stellen schwer zugetan. Ebenfalls haben Wurzeln den Weg zu einer Huckelstrecke gemacht. Diese Bodenwellen sollten entfernt werden. Abhilfe ist hier nicht teuer und doch dringend notwendig!

Einschätzung der LHP (2009):

Die Verbindung ist nach dem Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam eine Hauptroute erster Stufe. Damit ist eine Verbesserung grundsätzlich zu befürworten. Die Maßnahme ist jedoch derzeit im Maßnahmenkatalog des Radverkehrskonzeptes nicht enthalten. Sie müsste zusätzlich finanziert werden. Die Instandsetzung des betreffenden Radweges erfolgt nach Beurteilung durch den Bauhof. Bei sichtbaren Gefahrenstellen wird sofort gehandelt. Die zur Gefahrenabwehr erforderliche Instandhaltung erfolgt 2010.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: ca. 7.400 Euro

Umsetzungszeitraum: 2. und 3. Quartal 2010

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja
Grundlage der Umsetzung: Radwegkonzept der Landeshauptstadt Potsdam

Aktualisierung Januar 2010:

Gefahrenabwehrmaßnahmen sind eindeutig auf dem Radweg zwischen Bahnhof und MAZ, teilweise punktuell und teilweise in kleinen Streckenabschnitten für den Sommer 2010 vorgesehen. Nach aktueller Schätzung der Kosten betragen diese etwa 15.000 Euro.

Aktualisierung Februar 2013:

Die Verbesserung der Radwegesituation im genannten Bereich wurde im Jahr 2012 durchgeführt. Im Abschnitt zwischen Hauptbahnhof und „Märkische Verlags- und Druckgesellschaft“ sind auf den Radwegen Schadstellen und Wurzelaufbrüche in beide Richtungen ausgebessert worden, zudem ist eine Querungshilfe in Höhe Schlaatzstraße montiert worden. Auch wurde neue, teils geänderte Markierung aufgebracht. Im Ergebnis sind die separaten Radwege von Hauptbahnhof bis Schlaatzstraße aufgewertet worden. Der nicht mehr anordnungsfähige Radweg Richtung Babelsberg (von der Schlaatzstraße bis „Märkische Verlags- und Druckgesellschaft“) wurde aufgehoben und teils entsiegelt. Dafür wurde ein durchgehender Schutzstreifen auf der Fahrbahn eingerichtet. Die Gesamtkosten hierfür betragen 49.213 Euro.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Für die Einzelmaßnahme zur Instandsetzung des Radwegs durch Wurzelaufbrüche betragen ca. 2.500 Euro.

Kostenplanung 2010: 2.500 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 2500 Euro

Ausblick ab 2011: 49.213 Euro (2012)

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Eine Baumaßnahme zur Verbesserung der Radwegesituation im genannten Bereich wurde 2012 durchgeführt (i.H.v. 49.213 Euro).

LBB-Nr. 18 (Beschluss StVV: **Ablehnung**)

(rot) Kino "Melodie" als Bürgerhaus nutzen

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056564/839157/>

Vorschlag:

Das Kino "Melodie" in der Friedrich-Ebert-Straße ist eines der schönsten und gemütlichsten Kinos in Potsdam gewesen. Leider steht es nun seit mehreren Jahren leer. Mein Vorschlag wäre es, diesen Standort wieder zu beleben und als Bürger- und Veranstaltungshaus unter der Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins oder der Stadt Potsdam auszubauen. Damit würde die Innenstadt wieder um eine interessante Einrichtung reicher und Menschen allen Alters hätten einen weiteren spannenden Ort zum Zusammenkommen und Verweilen. Die zentrale Lage spricht für sich.

Einschätzung der LHP (2009):

Das Gebäude des ehemaligen Kinos „Melodie“ in der Potsdamer Innenstadt befindet sich im Privatbesitz und steht als solcher für eine Einrichtung als Veranstaltungshaus für einen gemeinnützigen Verein oder einen anderen Träger nicht zur Verfügung. In den vergangenen Zeiten scheiterten bereits verschiedene Initiativen und Bestrebungen, in dem Gebäude des ehemaligen Kinos Konzepte einer öffentlich-kulturellen Nutzung umzusetzen.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Aufgrund der Sachlage sind Kosten nicht ermittelt.

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -

LBB-Nr. 19 (Beschluss StVV: **Ablehnung**)

(rot) Bessere TRAM-Anbindung Viereckremise - Kirschallee

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10057545/839157/>

Vorschlag:

Die Tram in Richtung Kirschallee sollte auch am Vormittag (insbesondere in den Morgenstunden und zur Mittagszeit) über Viereckremise und weiter zur Kirschallee fahren, wie es bisher schon in den Abendstunden passiert. Damit kämen viele Kinder besser zur Schule und Kita und müssten nicht umsteigen, bzw. im Winter lange Wartezeiten an der TRAM-Haltestelle verbringen.

Einschätzung der LHP (2009):

Eine Führung der Tram 92 auch im Tagesverkehr über Viereckremise zur Kirschallee ist in zweierlei Hinsicht nicht zweckmäßig:

- Die Erschließung des Wohngebietes an der Viereckremise erfolgt mit der Tram 96, die alle 20 Minuten verkehrt, und den Bussen auf der Nedlitzer Straße, die überwiegend alle 30 Minuten fahren. Damit ist ein dem Aufkommen entsprechendes Fahrplanangebot vorhanden. Zusätzliche Angebote, wie ein 10-Minuten-Takt der Tram, wäre eine deutliche (unwirtschaftliche) Überbedienung.

- Die Umwegfahrt der Tram 92 über Viereckremise bedeutet für durchfahrende Fahrgäste einen zeitlichen Mehraufwand von ca. 5 Minuten, der (bei einer Gesamtreisezeit von ca. 12 Minuten von der Innenstadt bis zur Kirschallee) als unattraktiv wahrgenommen wird. Dem gegenüber steht nur ein sehr geringer Anteil von Fahrgästen, für die die Relation Viereckremise nach Kirschallee interessant ist. Mit dem Bus 697 wird diese Verbindung, zumindest Montag bis Samstag im Tagesverkehr stündlich, auch als Direktverbindung angeboten.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Kosten für Umwegfahrt ca. 130.000 Euro/Jahr

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung Januar 2010:

Ab 01.04. 2010 fährt der Bus 697 nur noch eine Schülerfahrt über Viereckremise zur Kirschallee. Im Tagesverkehr erhält er eine neue Führung über die Nedlitzer Straße und endet Am Schragen mit Anschlussgewährung zur Tram.

Mit der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, dass neue Schwimmbad im BUGA-Park zu bauen wird nach Inbetriebnahme neu zu bewerten sein, ob die Anbindung im 20-Minutentakt weiterhin ausreicht.

Welche Kosten wurden in 2010 bereitgestellt? Keine

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -

LBB-Nr. 20 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

(grün) Öffentliche Discgolf-Anlage am Stadtrand

Online: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10056897/839141/>

Vorschlag:

Discgolf ist in Potsdam zu einer populären Sportart für jede Altersgruppe geworden. Von Kindern bis hin zu Senioren ist der Frisbee-Sport als kostengünstige Aktivität mit hohem sozialen Anspruch angenommen worden. Familien und ambitionierte Teams gestalten ihre Freizeit gleichermaßen beim Discgolf. Die bestehende Anlage im Volkspark Potsdam ist durch den großen Zuspruch der Bevölkerung mittlerweile ausgelastet und wird durch die geplante Verkleinerung des Parks zunehmend unter Druck geraten. Schon jetzt ist klar, dass durch die Baumaßnahmen am Bornstedter Feld im kommenden Jahr (2010) mehrere Bahnen ersatzlos gestrichen werden. Potsdam ist von natürlichen Wäldern umgeben, in denen sich ohne großen Aufwand eine weitere Anlage installieren lässt. Die Installation der charakteristischen Fangkörbe ist im Vergleich zu anderen Sportanlagen extrem kostengünstig und außerdem wartungsfrei. Selbstverständlich könnte die Anlage wieder (genau wie im Jahr 2006 im Volkspark Potsdam) durch die große, örtliche Spielerschaft errichtet werden. Mit einer einmaligen Investition kann damit eine weitere sportliche Attraktion im Grünen geschaffen werden, die allen Potsdamern kostenlos zur Verfügung steht.

Einschätzung der LHP (2009):

Die Sportart Discgolf spielt im Segment des Breiten- und Freizeitsports eine positive Rolle. Allerdings wird die in den Stadtgrenzen der Landeshauptstadt Potsdam befindliche Anlage des BUGA-Volksparks als ausreichend betrachtet. Ab 2011 sollen drei der 14 vorhandenen Bahnen verlegt werden, da sie sich auf künftigen Bauflächen befinden. Hierzu sind der Verein Hyzernaut e.V. und der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH im Gespräch.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Kosten: 25.000,00 Euro (ohne Grundstück)

Folgekosten: 2.000,00 Euro

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Aktualisierung Januar 2010: Ein ersatzloser Wegfall von Bahnen im Volkspark Potsdam soll möglichst vermieden werden. Hierzu sind der Verein Hyzernaut e.V. und der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH im Gespräch. / Aktualisierung April 2010: Der vorhandene Disc-Golf-Parcours im Volkspark soll grundsätzlich erhalten bleiben, für 3-4 wegfallende Bahnen sollen in Abstimmung mit dem Verein Ersatzbahnen angelegt werden. Hierzu sind der Verein Hyzernaut e.V. und der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH im Gespräch. Ein Konzept für die Ersatzbahnen wird von Seiten des Vereins bis ca. Mitte des Jahres vorgelegt und gemeinsam abgestimmt. Der Endbericht wird für Mitte 2010 erwartet.

Aktualisierung März 2011: Nach aktuellem Stand sind von der voraussichtlichen baulichen Entwicklung vier Disc-Golf-Bahnen erst im Jahr 2015 betroffen, so dass derzeit kein akuter

Handlungsbedarf besteht. Der Verein Hyzernauts e.V. sowie die Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH befinden sich weiterhin in der Abstimmung, um den bestehenden Gesamtumfang des Parcours dauerhaft zu erhalten. Ob sich darüber hinaus eine Erweiterung des Parcours im Volkspark realisieren lässt, muss der Abstimmungsprozess zeigen.

Kostenplanung 2010: 0 Euro

Kosten-Ergebnis Aufwand 2010: 0 Euro

Ausblick ab 2011: 0 Euro

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: -



Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service
Redaktionsschluss: 21.05.2013
Zentrale Steuerungsunterstützung
Friedrich-Ebert-Straße 79-81 | 14469 Potsdam
Telefon: 0331 289-1126/-1120 | Fax: 0331 289-841120
Email: buergerkommune@rathaus.potsdam.de
www.potsdam.de/buergerhaushalt